

S.E. Herrn Yoram Ben-Zeev

Eppstein, 8.9.2011

Botschafter des Staates Israel
Auguste-Viktoria-Str. 74
14193 Berlin

Sehr geehrter Herr Botschafter,

ich möchte einige Meldungen der jüngeren Zeit zum Nahost-Konflikt zum Anlass nehmen, die Botschaft Israels um Bestätigung oder Richtigstellung der jeweiligen Inhalte zu bitten. Ich beabsichtige, Ihnen in geeigneten Abständen erneut zu schreiben, wenn die Umstände des Konflikts dies nahelegen. Ich werde, Ihr Einverständnis voraussetzend, dieses und folgende Schreiben einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

1. Die Vereinten Nationen haben im August erneut über die Gewaltakte israelisch-jüdischer Siedler im besetzten Westjordanland gegen die dort lebenden Palästinenser und ihr Eigentum berichtet. Bis Ende Juli wurden 237 Angriffe registriert, das sind 46% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei haben etliche Siedler eine große Anzahl der Palästinenser so schwer misshandelt, dass sie in Krankenhäuser gebracht werden mussten. Allein im Juli haben die Siedler 1.550 Oliven- und Mandelbäume palästinensischer Bauern zerstört, meist durch Feuer. Soweit die israelischen Besatzungsbehörden Anzeigen überhaupt nachgehen, werden die Untersuchungen durchweg eingestellt. Die Vereinten Nationen werfen den israelischen Behörden daher eine bewusste Politik der Straflosigkeit („impunity“) gegenüber der Gewalttätigkeit der Siedler vor. Immer wieder wird berichtet, dass israelische Besatzungssoldaten Zeugen der Verbrechen der Siedler waren, aber nicht eingegriffen haben. Glaubwürdigen Berichten zufolge handeln die Siedler sogar oft im Schutz der Soldaten.

2. Ein Teil der völkerrechtswidrig im Westjordanland lebenden israelisch-jüdischen Siedler macht immer wieder durch die so harmlos klingende „Preisschild-Strategie“ auf sich aufmerksam. Ihre äußerst gewalttätigen Aktionen, oft mit Verletzten und Toten, richten sich gegen die Palästinenser, die den „Preis dafür zahlen sollen“, wenn die israelische Regierung versuchen sollte, einen der – selbst nach israelischem Recht illegalen - jüdischen Außenposten zu räumen. Der israelische Militärkommandeur Mizrahi hat kürzlich seine Regierung vor dem „Terror der jüdischen Siedler gegen Palästinenser“ gewarnt. Die Gewalttäter (mehrere Hundert) kommen meist aus radikalzionistischen Kreisen. Die Straftaten der Siedler werden von der israelischen Justiz allenfalls in Ausnahmefällen verfolgt. Die Siedler fühlen sich bei ihren Verbrechen sicher vor Verfolgung, weil die Besiedlung des Westjordanlandes Politik des israelischen Staates ist und weil sie von manchen rassistischen Rabbinern in ihren Taten bestärkt werden. Zudem ist das israelische Militär zunehmend von Soldaten mit radikalzionistischen Überzeugungen geprägt, die naturgemäß auf Seiten der gewalttätigen Siedler stehen. In der Nacht vom 4. auf den 5. September haben radikale jüdische Siedler im Westjordanland eine Moschee verwüstet und mit hebräischen, anti-muslimischen Hass-Sprüchen beschmiert, nachdem etwa 1.000 israelische

Sicherheitskräfte einige Gebäude eines illegalen jüdischen Außenpostens in Migron beseitigt hatten.

3. Am 24. August berichtete eine renommierte israelische Tageszeitung über die Ermordung von Firas Quasqas, einem palästinensischen Gärtner, durch mehrere israelische Soldaten. Die Tat geschah vor vier Jahren in der Nähe von Ramallah. Während solche Taten üblicherweise von den Besatzungsbehörden nicht weiter verfolgt werden oder Untersuchungen im Sande verlaufen, hatte sich eine israelische Menschenrechtsorganisation dieses Falles mit großer Hartnäckigkeit angenommen und erreicht, dass der Kommandeur der Einheit nach vier Jahren angeklagt wurde. Er soll den Gärtner grundlos aus großer Entfernung in den Rücken geschossen haben. Die Zeitung bringt in diesem Zusammenhang in Erinnerung, dass zwischen 2002 und 2009 5.518 Palästinenser unter vergleichbaren Umständen getötet wurden. Allerdings haben die Militärbehörden lediglich 173 Untersuchungen hierzu durchgeführt und nur in 14 Fällen Anklage erhoben.

4. Am 24. Juli überfiel nachts eine Gruppe von etwa 50 Besatzungssoldaten im palästinensischen Dschenin das „Freedom Theater“ und verhaftete zwei der leitenden Mitarbeiter dieses weltbekannten Theaters. Mitte August wurde außerdem ein Schauspielschüler des Theaters verhaftet. In allen drei Fällen haben die Behörden weder Haftgründe genannt noch Anklage erhoben. Zudem haben sie den – mutmaßlich grundlos - Inhaftierten den Zugang zu ihren Anwälten verwehrt. Das Schicksal der drei vom israelischen Militär verschleppten Mitarbeiter des „Jenin Freedom Theater“ war längere Zeit unbekannt. Bei einem erneuten nächtlichen Angriff auf das Theater am 23.8. nahm die Armee dessen Generalmanager fest, der ebenfalls verschleppt wurde. Einer der Soldaten-Rowdies drohte ihm: „Halt das Maul oder wir werden Dich verprügeln“.

5. Die israelische Menschenrechtsgruppe „MachsomWatch“ leistet bekanntlich eine hervorragende Arbeit, indem sie das „Fehlverhalten“ des israelischen Militärs an dessen Checkpoints dokumentiert. Die MachsomWatch-Mitarbeiterin Tamar Fleishman hat kürzlich beschrieben, zu welch schikanierenden, rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen und Handlungen israelische Soldaten fähig sind, wenn sie Palästinenser drangsalieren. Die Ereignisse am Bir Zait-Checkpoint sind nur ein Beispiel für unzählige andere. Frau Ilana Hammerman von MachsomWatch hat in ihrem Bericht „Zeugnisse von Soldaten über die besetzten Gebiete“ (erschieden am 5.8. in Haaretz) ausführlich über die „Schande der israelischen Besatzungspolitik“ geschrieben. Dabei stützt sie sich auf die Berichte ehemaliger Soldaten, die sich der Veteranenorganisation „Breaking the Silence“ anvertraut haben. Sie stellt fest, dass die Ungerechtigkeiten, die Gewalttätigkeiten, die unglaublichen Schikanen und Erniedrigungen der Palästinenser, derer sich die Soldaten im Namen ihres jüdischen Staates schuldig machen, gravierende zerstörerische psychische Folgen auch für die Soldaten selbst haben.

6. Ende Juni hatte eine israelische Tageszeitung über die Diskriminierung arabischstämmiger israelischer Sportler berichtet. Dabei wurde, quasi in einem Nebensatz, festgestellt, dass bei Fußballspielen in Israel die arabisch-israelischen Sportler aus dem Publikum regelmäßig mit Rufen wie „Tod den Arabern“ beleidigt werden. Von Bemühungen des Staates, gegen diese Art von Rassismus mit allen Mitteln vorzugehen, sei bislang nichts bekannt.

7. Die „Zone C“ des palästinensischen Westjordanlandes ist vom Staat Israel besetzt und untersteht seiner Verwaltung. Bekanntlich sind die Bemühungen Israels darauf gerichtet, die Anzahl und den Umfang der völkerrechtswidrig errichteten jüdischen Siedlungen in der Zone C zu erhöhen und die einheimische Bevölkerung zu vertreiben. Israel als Besatzungsmacht verweigert den palästinensischen Bauern z.B. den Bau von Brunnen für die Bewässerung und zerstört immer wieder die wenigen vorhandenen Brunnen und Zisternen. Einem Bericht des „Deutschlandfunks“ von Mitte August zufolge sind die Brunnen in den jüdischen Siedlungen zehnmal so tief und viel ergiebiger als die alten palästinensischen Brunnen.

8. Der schwer körperbehinderte, auf Krücken angewiesene Palästinenser Mohamed Awada (52 Jahre alt) hatte 1992 bei seiner Arbeit in Israel einen Arbeitsunfall erlitten, der ihm bis heute kaum auszuhaltende Schmerzen verursacht. Bis November 2007 konnte er mit entsprechenden israelischen Genehmigungen Fachkliniken in Jerusalem aufsuchen (Israel hatte diese Stadt völkerrechtswidrig annektiert). In jenem Monat verlangte ein Geheimdienstmitarbeiter mit dem Decknamen „Captain Yuval“ von Awada die Auslieferung seines Sohnes Khalil. Falls er dies nicht täte, würde er für seine Krankenhausbesuche keine Einreisegenehmigungen nach Jerusalem mehr bekommen. Erst nach Einschaltung israelischer Menschenrechtsorganisationen erteilten ihm die israelischen Behörden neue, aber zeitlich sehr stark beschränkte Genehmigungen. Anfang Juni informierten die israelischen Besatzungsbehörden Awada, dass er ab sofort nicht mehr alleine nach Israel einreisen dürfe, sondern dass er sich von einem Mitarbeiter einer israelischen Sicherheitsfirma begleiten lassen müsse. Die Kosten seien von ihm selbst zu tragen. Kosten pro Stunde: 200 US-Dollar. Selbstverständlich kann sich Awada diese Kosten nicht leisten, so dass er seit Anfang Juni keine medizinische Behandlung zur Schmerzlinderung mehr erhält. Inzwischen sind etliche Fälle dieser Art von israelischer Schikane bekanntgeworden.

9. Am 15. Juli beteiligten sich mehrere internationale Friedensaktivisten an einer friedlichen palästinensischen Demonstration gegen die Besetzung in der Stadt Nabi Saleh. Einer der Aktivisten hat die Brutalität und Obszönität beschrieben, mit der die israelischen Besatzungssoldaten ihn nach seiner Festnahme misshandelt haben: schmerzhaftes Fesseln der Arme auf dem Rücken, schwere Schläge auf den Körper und ins Gesicht, sowohl mit den Fäusten als auch dem Stahlhelm. Die Geschichte dieser Tat nebst Fotos des übel zugerichteten Italiener wurde im Internet veröffentlicht. Sie bestätigt die immer wiederkehrende Beschreibung vieler israelischer Militärangehöriger der Besatzungsarmee als „soldatische Hooligans“.

10. Am 26. August berichtete die britische Tageszeitung „The Independent“ über schwere psychische und sogar körperliche Misshandlungen palästinensischer Kinder in den Händen der Besatzungsarmee: die schweren Vorwürfe reichen von überfallartigen Festnahmen der Minderjährigen mitten in der Nacht durch schwerbewaffnete, maskierte Soldaten, Fesseln und Verbinden der Augen, Todesdrohungen bei den Befragungen durch den israelischen Geheimdienst. Die Behörden verweigern durchweg, dass ein Rechtsbeistand oder die Eltern bei den Vernehmungen zugegen sind. Den palästinensischen Kindern, die oft gerade erst einmal 12 Jahre alt sind, wird systematisch der Schlaf entzogen, so dass sie als Folge dieser Torturen oft eine in Hebräisch geschriebene Erklärung unterschreiben, der zufolge sie Steine geworfen haben sollen (in der Regel verstehen die Kinder kein Hebräisch: die Erklärung ist also rechtlich wertlos). Dem „Independent“ zufolge sind 91% der festgenommenen Kinder bei ihrer Vernehmung physischer Gewalt ausgesetzt. Bemerkenswert zudem: Nach

israelischem Recht zählen Israelis bis zum 18. Lebensjahr als Jugendliche, während für Israel Palästinenser nur bis zum 16. Lebensjahr als Jugendliche gelten.

11. Bassem Tamimi aus Nabi Saleh ist ein unbeugsamer, friedlicher palästinensischer Aktivist gegen Israels Besatzungspolitik, insbesondere gegen den völkerrechtswidrigen Ausbau jüdischer Siedlungen auf dem Land seiner Gemeinde. Tamimi wurde bislang 11 Mal verhaftet und war insgesamt drei Jahre in israelischen Gefängnissen inhaftiert, ohne dass jemals Anklage gegen ihn erhoben oder er verurteilt worden wäre. Am 24. März stürmte ein massives Kontingent israelischer Besatzungssoldaten der Haus von Tamimi, als er gerade dabei war, sich auf ein Treffen mit einem Diplomaten der Europäischen Union vorzubereiten. Die EU hat am 14. Juni anlässlich der 17. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats ihre „Besorgnis“ über Tamimis Festnahme und Inhaftierung ausgedrückt, ihre Beobachtung des anstehenden Verfahrens angekündigt und erwartet von Israel die Freilassung von Tamimi, dessen Schicksal stellvertretend für etliche weitere steht. Die EU-Erklärung wiederholt die europäische Haltung, dass die israelischen Siedlungen, der Verlauf der „Trenn-Mauer“ auf palästinensischem Gebiet, die Zerstörung palästinensischer Häuser und die Vertreibung ihrer Bewohner völkerrechtswidrig sind. Die EU ruft Israel dazu auf, alle Siedlungsaktivitäten in Ost-Jerusalem und der Westbank zu beenden.

12. Unter der Überschrift „'Lebensraum' als Begründung für Israels illegale Siedlungen im Westjordanland“ schreibt der renommierte israelische Journalist Yossi Sarid über die beiden vom Staat Israel vertretenen, aber falschen Argumente für die israelische Besetzung des Westjordanlandes. Er erwähnt sowohl den geschichtlich-religiös verbrämten ewigen Anspruch auf das von Gott gegebene Land Israel als auch das Argument, Israel sei für seine Sicherheit und zur Selbstverteidigung auf die palästinensischen Gebiete angewiesen. Kern seines Artikels ist aber eine weitere, dritte Theorie, um die völkerrechtswidrige und von keinem Staat der Welt anerkannte Besetzung zu rechtfertigen: Danach benötige Israel die palästinensischen Gebiete, um der Wohnungsnot seiner jüdischen Bürger abzuweichen. Prompt hat das Innenministerium die jüngsten sozialen Unruhen in Israel zum Anlass genommen, den Bau von fast 3.000 Wohnungen in den besetzten Gebieten zu beschließen. Yossi Sarid verwendet in seinem englischsprachigen Text bewusst das, wie er schreibt, durch die Nazizeit belastete und verachtenswerte deutsche Wort „Lebensraum“, um Israel Expansionsdrang zu kennzeichnen.

13. Yehuda Shaul, ehemaliger Soldat in der palästinensischen Stadt Hebron und seit Jahren Leiter der israelischen Menschenrechtsorganisation „Das Schweigen brechen“, ist orthodoxer Jude und Zionist. Seit vielen Jahren werden von der israelischen Armee und israelischen Siedlern (meist radikal-religiöse, ultraorthodoxe Fanatiker), in Hebron Verbrechen an den Palästinensern verübt. Seine eigenen Erfahrungen als Soldat in Hebron haben Shaul schon früh zu einem Friedensaktivisten werden lassen. In Hebron leben unter 180.000 Palästinensern rund 800 orthodoxe Juden, die die palästinensischen Bewohner im Schutz der israelischen Armee (1.400 Soldaten) tagtäglich mit Worten und Taten auf jede erdenkliche Weise drangsalieren, sie übel beleidigen und oft auch attackieren. Yehuda Shaul und seine Mitstreiter, die wie er junge Veteranen der israelischen Armee sind, führen für Besucher des Landes unter anderem „alternative“ Stadtführungen durch Hebron durch. Shauls Fazit lautet: „Ich habe keinen Zweifel, dass das, was heute hier in Hebron geschieht, eine Schande für mein Land Israel und für meinen Gott ist“.

14. Seit einigen Wochen bereitet die Armee Israels jüdische Siedler in den palästinensischen Gebieten durch Bewaffnung auf mögliche Proteste durch Palästinenser vor, und zwar durch Training im Gebrauch von Schusswaffen, die Lieferung von Tränengas, Granaten und Munition aller Art. Außenminister Lieberman hatte zuvor erklärt, dass die Palästinensische Autonomiebehörde „sich auf ein Blutvergießen noch nie gesehenen Ausmaßes“ vorbereite. In diplomatischen Kreisen und einem Teil der israelischen Medien sorgten Liebermans Äußerungen für Kopfschütteln und Verwunderung darüber, dass er dieses Szenario als Folge der Abstimmung in der UN-Vollversammlung über die Anerkennung Palästinas erwartet. Im August hatte die Jerusalem Post berichtet, dass die israelische Armee im Hinblick auf mögliche palästinensische Massendemonstrationen ihre Scharfschützen mit neuer Munition ausstatte, die „weniger tödlich“ (!) als die bisher verwendete Munition sei. Außerdem habe man größere Mengen von „Stinkwasser-Bomben“ (Skunk bombs) beschafft sowie als neueste Errungenschaft die „Schrei-Bombe“, die Demonstranten durch extreme Lärmwellen außer Gefecht setzen soll. Und die neueste Meldung hierzu: Die „Jewish Defense League“ hat ihre militärisch trainierten Mitglieder dazu aufgerufen, zwischen dem 19. und 25.9. den „von palästinensischen Besatzern (!) bedrohten jüdischen Brüdern in Cisjordanien beizustehen“. Dachte Außenminister Lieberman an diese Aktion, als er vom „Blutvergießen noch nie gesehenen Ausmaßes“ sprach? Ich hoffe, dass die israelische Regierung den Fanatikern und Gewalttätern der „Jewish Defense League“ die Einreise verweigern wird.

15. In ihrem Leitartikel von „Haaretz“ vom 1. September vertritt die Zeitung die Ansicht, dass Israel sich bei der bevorstehenden UN-Vollversammlung zum Thema „Anerkennung des Staates Palästina“ keinesfalls durch den Staatspräsidenten Peres vertreten lassen sollte. Grund: Israel muss mit einer großen Niederlage rechnen, weil etwa 130 Staaten für den Antrag der Palästinenser stimmen dürften. Stattdessen sollte UN-Botschafter Prozor den Staat Israel vertreten. Die Gegenwart des Staatspräsidenten würde die bevorstehende Niederlage Israels nur noch aufwerten und „Israels Erniedrigung und Isoliertheit“ umso deutlicher machen. Drei Wochen zuvor hatte der Vorsitzende des israelischen Nationalen Sicherheitsrats alle 27 Botschafter der EU in „aggressiver und arroganter Weise“ angegriffen und ihren Staaten „Einseitigkeit“ zu Lasten Israels vorgeworfen.

16. Im März 2010 trafen Frau Umm Ahmed und ihr Ehemann mit dem UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon bei dessen Besuch des Gazastreifens zusammen. Der 19-jährige Sohn der Familie war bei den israelischen Bombardements des Gazastreifens im Januar 2009 aufs Schwerste verwundet worden. Mit 10 Operationen innerhalb von nur 10 Monaten in ägyptischen Krankenhäusern gelang es, sein Leben zu retten. Nach seiner Rückkehr nach Gaza musste die Behandlung wegen Infektionen und einer schweren Zuckerkrankheit fortgesetzt werden. Es gelang, eine Erlaubnis für eine Behandlung in Jerusalem (von Israel völkerrechtswidrig annektiert) zu erhalten. Am 25. November 2009 begleiteten der Vater und ein Bruder den im Rollstuhl sitzenden Kranken zur Grenze zwischen Israel und Gaza. Dort verlangten die israelischen Grenzsoldaten die vollständige Entkleidung sowohl des Kranken als auch seines Vaters. Und das Unglaubliche geschah: Ahmed wurde festgenommen, gefesselt und in ein israelisches Gefängnis gesteckt. Die lebensnotwendigen Medikamente wurden ihm vorenthalten. Später wurde er zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil er angeblich Israels Aktivitäten in der Pufferzone (auf Gazas Seite der Grenze zu Israel) beobachtet habe.

17. In den vergangenen 18 Monaten hat Israels Marine etliche Boote von palästinensischen Fischern aus dem Gazastreifen konfisziert. Zwei israelische Menschenrechtsorganisationen, Adalah und Mezan, bemühen sich seitdem um die Rückgabe der Boote an ihre rechtmäßigen Besitzer. Die israelische Behauptung, die Boote hätten sich zum Zeitpunkt ihrer Konfiszierung außerhalb der 3-Meilen-Zone befunden (von Israel einseitig ausgerufen), ist offenbar falsch. Nach längeren Auseinandersetzungen erklärte sich Israel bereit, die Boote zurückzugeben. Am 2. August sollte die Übergabe erfolgen: Zum Entsetzen der Eigentümer hatte das israelische Militär vorher nicht nur die Motoren, sondern auch alle Fischereiausrüstung und Gerätschaften ausgebaut. Außerdem verlangten die israelischen Behörden, dass die Palästinenser die (hohen) Transportkosten bis zum Übergabepunkt bezahlen sollten. Unter diesen Bedingungen lehnten die Fischer die Übernahme der Bootshüllen ab. Adalah und Al Mezan werden im Rechtsstreit mit den israelischen Behörden ihre Bemühungen fortsetzen, den palästinensischen Fischern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

18. Der Journalist und Buchautor Akiva Eldar hat in Haaretz darüber berichtet, dass Israels Regierung offenbar beabsichtigt, etliche (selbst nach israelischem Recht) illegale „Außenposten“ jüdischer Siedler in den Palästinensischen Gebieten nicht etwa zu schließen, sondern sie im Gegenteil nachträglich zu „legalisieren“. Dies hat die israelische Menschenrechtsorganisation „Rabbis for Human Rights“ aufgedeckt und diese Politik scharf verurteilt. Ziel der israelischen Aktion sei es, den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten einschließlich der Zone C (Jordantal), die unter voller israelischer Militärherrschaft steht, noch weiter zu forcieren. Damit werde die Schaffung eines lebensfähigen Staates Palästina noch schwieriger. Und „Israel National News“ meldete am 1.9., dass die Zahl der Wohnungsneubauten im (besetzten) Westjordanland im 1. Halbjahr 2011 um das Siebenfache höher lag als im 1. Halbjahr 2010.

19. Am 31.8. berichtete die „Jerusalem Post“ vom Besuch des Sprechers der Knesset, Reuven Rivlin, in der völkerrechtswidrig gebauten jüdischen Siedlung Itamar im Westjordanland. Unter anderem sagte Rivlin: „Das ganze Land Israel gehört uns“ (gemeint sind die israelischen Juden). Und „Zionismus ist Besiedlung“ (gemeint ist die Besiedlung palästinensischen Territoriums). Rivlin zeigt sich stolz darüber, dass er vor etlichen Jahren schon einmal, mit Ariel Sharon, in Itamar war. Damals habe Sharon vorgeschlagen, die Siedlungen in Samaria (dabei handelt es sich um das besetzte Westjordanland) aus strategischen Gründen mit dem Jordantal zu verbinden. Inzwischen ist Israel dabei, diese Planung zu realisieren, gegen den Willen der Weltgemeinschaft und in Kenntnis der Tatsache, dass diese Politik auf eine Einstaatenlösung mit jüdischer Minderheit hinausläuft. Und „Israel National News“ meldete am 1.9., dass die Zahl der jüdischen Wohnungsneubauten im palästinensischen Westjordanland im 1. Halbjahr 2011 um das Siebenfache höher lag als im 1. Halbjahr 2010.

20. „Al-Walajah, ein palästinensisches Dorf in der Nähe Jerusalems, wird von Israel eingemauert“, berichtete am 24.8. die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem. Bald wird eine 9 Meter hohe und fast einen Kilometer lange Betonmauer das Dorf mit 2.000 Einwohnern vollständig umschließen. Die Mauer wird auf der palästinensischen Seite der „Grünen Linie“ verlaufen. Der Teil der Mauer, der von der nahegelegenen illegalen israelischen Siedlung Har Gilo aus sichtbar ist, wurde bereits mit dem ästhetisch ansprechenden „Jerusalem-Gestein“ bedeckt, auf der palästinensischen Seite

bleibt der nackte Beton. Die riesige Betonmauer zerstört eine einzigartige Terrassenlandschaft, die als Weltkulturerbe vorgesehen war. Die Mauer schneidet die palästinensischen Bauern vollständig von ihren Feldern ab. Lediglich ein Tor, das vom israelischen Militär kontrolliert wird, soll den Zugang der Bewohner zu einem Teil der Felder und zum Friedhof ermöglichen. Die Benutzung ist beschränkt auf Dorfbewohner, denen das israelische Militär einen Passierschein ausgestellt hat. An welchen Tagen und zu welchen Zeiten das Tor geöffnet wird, liegt im Ermessen der Besatzungsbehörden, die hierbei erfahrungsgemäß mit großer Willkür vorgehen. Der bekannte jüdische Soziologe Sygmunt Bauman verglich kürzlich die israelische „Sperrmauer“ auf palästinensischem Gebiet mit der Mauer, mit der das Warschauer Ghetto zur Zeit des Nazi-Terrors umschlossen war.

21. Mit seiner endgültigen Weigerung, sich für die Tötung von 9 Türken auf der „Mavi Marmara“ der Gaza-Flotille am 31.5.2010 zu entschuldigen, hat die israelische Regierung weltweit Kritik auf sich gezogen. Zum Beispiel kommentierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 5.9.: „Der Preis dafür, sich bei der Türkei nicht zu entschuldigen, ist sehr hoch“ Und: „Spätestens, wenn die PLO erfolgreich beantragt, Palästina als Mitgliedstaat aufzunehmen, wird es noch einsamer um Israel werden“.

Ich wäre der Botschaft für eine Stellungnahme zu den aufgeführten Sachverhalten und gegebenenfalls Richtigstellungen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen,

Dieter Neuhaus